

Burgdorf, 13.02.2014

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **23.01.2014** Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/UmVerkA/016

Beginn öffentlicher Teil: 17:01 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:59 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Peters, Kai

stellv. Vorsitzende

Leykum, Maria

Mitglied/Mitglieder

Bublitz, Werner
Heldt, Gabriele
Köneke, Klaus
Kuyucu, Ahmet

bis TOP 6 (ohne Beschlussfassung)

Morich, Hans-Dieter
von Oettingen, Gero
Weinel, Olaf

stellv. Mitglied/Mitglieder

Dralle, Karl-Heinz

Vertretung für Herrn Ahmet Kuyucu ab TOP 6

Beratende/s Mitglied/er

Kusber, Paula
Suszka, Bernd

Verwaltung

Baxmann, Alfred

-

Brinkmann, Jan-Hinrich
Herbst, Rainer
Heske, Jacqueline
Piel, Anja

bis TOP 3 b)

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 07.11.2013 und 05.12.2013
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Mitteilung - Baumarbeiten auf dem Magdalenenfriedhof unter Berücksichtigung der Denkmalpflege
Vorlage: 2013 0533
 - 3.2. Mitteilung - Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht
Vorlage: 2013 0536
 - 3.3. Mitteilung - Verkehrssituation in Hülptingsen
Vorlage: 2014 0540
 - 3.4. Mitteilung - Radweg nach Grafhorn
- Antrag der Fraktion "Die Linke" vom 27.05.2013 / neuerliche Anfrage des Herrn Fleischmann bei der Region Hannover zum Ausbau bzw. der Sanierung des genannten Radweges -
Vorlage: 2014 0543
4. Gestaltung und Pflege von städtischen Grünflächen
- Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2014 -
Vorlage: 2014 0544
5. Regenerative Energie auf öffentlichen Gebäuden
- Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf vom 18.12.2013 -
Vorlage: 2014 0547
6. Ausbauprogramm Nordstraße
Vorlage: 2013 0511
 - 6.1. Ausbauprogramm Nordstraße - Protokoll der Anliegerversammlung
Vorlage: 2013 0511/1
 - 6.2. Ausbauprogramm Nordstraße
- Änderungsantrag der WGS-Fraktion vom 17.01.2014
Vorlage: 2013 0511/2
7. Erarbeitung von Produktkennzahlen
Vorlage: 2014 0542
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
 - 8.1. Einsatz von Glyphosat auf städtischen Flächen
- Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2014 -
Vorlage: 2014 0545
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Herr Bethmann, Herr Degener und Herr Kleinschmidt sind nicht anwesend.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 07.11.2013 und 05.12.2013

Die Protokolle der Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 07.11.2013 und 5.12.2013 werden einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Brinkmann teilt mit, dass

- a) der Verkehrsausschuss der Region Hannover am 23.01.2014 eine Informationsdrucksache behandelt, in welcher die zukünftigen Leistungsanforderungen an den Eisenbahn-Knoten Hannover thematisiert werden. Wesentlicher Bestandteil dieser Drucksache sei die geplante Erarbeitung eines sogenannten „Szenario 2016 plus“, in welchem auch die seitens der Stadt Burgdorf gewünschte S-Bahn-Taktverdichtung zwischen Burgdorf und Hannover enthalten sei. Zwar bedeute dies noch nicht, dass eine solche Taktverdichtung in absehbarer Zeit auch realisiert werde, es zeige aber, dass die Region das Erfordernis für eine Taktverdichtung sieht und nun eine mögliche Umsetzbarkeit näher untersucht.
- b) der niedersächsische Wirtschaftsminister auf ein Schreiben von Herrn Baxmann zur Y-Trasse geantwortet habe und in seiner Antwort betont, er habe bei seinem Treffen am 06.11.2013 in Berlin mit Vertretern des Bundes und der Bahn eine offene Kommunikation der Planungen bereits im Vorfeld der noch ausstehenden Nutzen-Kosten-Analyse der Trassenvarianten eingefordert. Dieses sei ihm so von Vertretern des Bundes und der Bahn zugesichert worden.

Herr Herbst teilt mit, dass

- c) die Einstellung des/der Klimaschutzmanager/in voraussichtlich erst Mitte 2014 nach Genehmigung des Bundeshaushaltes erfolgen kann, da erst dann die BMU-Fördermittel bewilligt werden.
- d) die Kreisstraßenmeisterei Burgwedel mitgeteilt hat, dass im Bereich der Engenser Straße in Schillerslage (alte B443, jetzt K120, km 42,695) im Frühjahr eine Linde gefällt werden muss. Bei einer Baumschau wurde festgestellt, dass die Standsicherheit des Baumes nicht mehr gewährleistet ist. Eine Sanierung des Baumes erscheint nach Mitteilung der Kreisstraßenmeisterei nicht mehr möglich bzw. sinnvoll.

- e) die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen der Straßenverkehrsabteilung dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt sind.

3.1. Mitteilung - Baumarbeiten auf dem Magdalenenfriedhof unter Berücksichtigung der Denkmalpflege
Vorlage: 2013 0533

Herr Herbst teilt mit, dass die Arbeiten auf dem Magdalenenfriedhof voraussichtlich ab der 5. KW durchgeführt werden.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt die Vorlage Nr. 2013 0533 zur Kenntnis.

3.2. Mitteilung - Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht
Vorlage: 2013 0536

Herr Köneke führt aus, dass er Bedenken hinsichtlich der Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht außerhalb der geschlossenen Ortschaften an klassifizierten Straßen habe. Im Bereich Oldhorster Moor (K120) zwischen Blumenhof und Moormühle sowie weiterführend über die A 37 nach Klein Schillerslage muss beim Überholen von Radfahrern die durchgezogene weiße Linie überfahren werden. Hier sind Umbauarbeiten erforderlich, da andernfalls Verkehrsverstöße beim Überholen unumgänglich sind. Des Weiteren sieht er Probleme beim Begegnungsverkehr mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen.

Herr Herbst erläutert, dass die Region Hannover im Bereich der K120 für die Durchführung der notwendigen Änderungen zuständig ist. Aufgrund der geringen Verkehrsbelastung der K120 wird in diesem Bereich keine erhöhte Gefährdung gesehen. Weiterhin weist er darauf hin, dass alle Radwege mit den zuständigen Baulastträgern, der Polizei und der Verkehrsbehörde bei einer Bereisung vor Ort in Augenschein genommen wurden und die Entscheidungen in enger Abstimmung getroffen wurden. Aus diesem Grund wird z. B. die Benutzungspflicht des Radweges zwischen Schillerslage und Burgdorf an der alten B443 nicht aufgehoben. Ein Bürger hat hier der Stadt bereits eine Klage angedroht, weil die Benutzungspflicht nicht aufgehoben wird.

Auf die Befürchtung von **Herrn Bublitz**, dass notwendige Unterhaltungsarbeiten an Radwegen bei einer Aufhebung der Benutzungspflicht nicht mehr durchgeführt werden, erwidert **Herr Baxmann**, dass Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Unterhaltung der Radwege die Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel durch die politischen Gremien sei.

Herr Peters weist abschließend darauf hin, dass Bedenken hinsichtlich der Aufhebung der Benutzungspflicht kritisch darauf geprüft werden sollen, ob im Einzelfall andere Möglichkeiten bestehen.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt die Vorlage Nr. 2013 0536 zur Kenntnis.

3.3. Mitteilung - Verkehrssituation in Hülptingsen
Vorlage: 2014 0540

Frau Heldt berichtet von den Bedenken der Hülptingser Bürger. Diese sehen weiterhin Gefahrenpunkte und wünschen sich geeignete Maßnahmen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Radfahrer, zu erhöhen.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt die Vorlage Nr. 2014 0540 zur Kenntnis.

3.4. Mitteilung - Radweg nach Graphorn
- Antrag der Fraktion "Die Linke" vom 27.05.2013 / neuerliche Anfrage des Herrn Fleischmann bei der Region Hannover zum Ausbau bzw. der Sanierung des genannten Radweges -
Vorlage: 2014 0543

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt die Vorlage Nr. 2014 0543 zur Kenntnis.

4. Gestaltung und Pflege von städtischen Grünflächen
- Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2014 -
Vorlage: 2014 0544

Frau Leykum stellt ihren Antrag vor. Sie führt aus, dass durch die Umwandlung der städtischen Grünflächen von Bodendecker- in Rasenflächen der städtische Pflegeaufwand für diese Flächen nicht unbedingt geringer wird, weil diese nunmehr ca. 8-mal jährlich gemäht werden müssen. Weiterhin wird die Anlage von Rasenflächen aus ökologischen und gestalterischen Gründen kritisch gesehen. Die Hecken dienen u. a. Kleinlebewesen als Schutz- und Lebensraum. Vielen Anliegern ist nicht bekannt, dass die Grünflächen in ihrer Nachbarschaft umgewandelt werden sollen. Sie regt an, die Anlieger mit einzubeziehen, damit Patenschaften für die Grünflächen gewonnen werden können und gewisse Arbeiten von den Anliegern durchgeführt werden.

Herr Suszka ergänzt, dass er die Anlage von Wiesen mit einem Kräuteranteil anstelle von reinen Rasenflächen bevorzugen würde, da sich hier auch Blühaspekte ergeben können.

Herr Herbst weist darauf hin, dass aufwendige Bepflanzungen z. B. am Bahnhof und in der Marktstraße bestehen. In den Hecken wird oftmals Müll entsorgt, der zeitaufwändig entfernt werden muss. In Abstimmung mit dem NABU werden im Stadtpark niedrige Blühinseln über längere Mahdintervalle erhalten, um Blühaspekte zu schützen. Patenschaften für Grünflächen haben sich in der Vergangenheit selbst bei Zusagen von Firmen nicht bewährt (z. B. Kreisverkehrsplatz Weserstraße, Kreuzung Schwarzer Herzog, Ortseingang Hülptingsen). Die Flächen wurden teilweise aufwändig hergestellt und

nach kurzer Zeit nicht mehr gepflegt. Weiterhin ist der Verwaltungsaufwand nicht unerheblich. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, das Thema in einer gesonderten Vorlage darzustellen.

Herr Köneke berichtet, dass in den Ortschaften jährliche Müllsammelaktionen in der Feldmark stattfinden und hier eine große Beteiligung der Dorfbewohner verzeichnet wird. Er bedauert, dass solche Aktionen in der Kernstadt nicht durchgeführt werden.

Herr Peters lässt über den Antrag von Frau Leykum abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt einstimmig:

Der Verwaltungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die derzeitige Pflegepraxis hinsichtlich der städtischen Grünflächen darzustellen.

**5. Regenerative Energie auf öffentlichen Gebäuden
- Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt
Burgdorf vom 18.12.2013 -
Vorlage: 2014 0547**

Der Antrag der Gruppe SPD - Bündnis 90/Grüne wird von **Herrn Kuyucu** vorgestellt.

Herr von Oettingen merkt an, dass die Förderung für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien von der neuen Bundesregierung drastisch gekürzt wurde. Von daher ist die Stromerzeugung nur für den Eigenverbrauch interessant.

Herr Kuyucu erwidert, dass zunächst Gespräche mit den Stadtwerken und den Wirtschaftsbetrieben aufgenommen werden sollen, ob bei einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise entsprechende Möglichkeiten aufgezeigt werden können.

Herr Peters lässt über den Antrag abstimmen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss für Umwelt und Verkehr:

Der Verwaltungsausschuss beauftragt die Verwaltung, im Zuge der Sanierung Schulzentrum Berliner Ring, die Realisierung weiterer Photovoltaik-Anlagen zu prüfen und in Abstimmung mit den Stadtwerken Burgdorf und den Wirtschaftsbetrieben Burgdorf Möglichkeiten darzustellen sowie über die Ergebnisse zu berichten.

**6. Ausbauprogramm Nordstraße
Vorlage: 2013 0511**

Herr Peters schlägt vor, die Punkte 6, 6.1 und 6.2 gemeinsam zu behandeln. Zunächst soll die Vorlage Nr. 2013 0511 seitens der Verwaltung vorgestellt werden. Im Anschluss daran wird Herr Schulz den Änderungsantrag

der WGS vortragen. Weiterhin wird den Anliegern vor den politischen Beratungen ein Rederecht eingeräumt.

Herr Herbst stellt das Ausbauprogramm, wie in der Vorlage dargestellt, vor. Er erläutert, dass der geplante Ausbau der Nordstraße die kostengünstigste Variante darstellt. Sofern die Nordstraße nach dem Ausbau den alten Zustand mit zwei Gossen, bituminöser Fahrbahn und Hochborden erhalten soll, würden erhebliche Mehrkosten entstehen und damit auch die Belastungen für die Anlieger steigen. Die Verwaltung ist interessiert, frühzeitig auszuschreiben, um möglichst ein günstiges Ausschreibungsergebnis zu erzielen. Weiterhin macht Herr Herbst deutlich, dass in der Anliegerversammlung kein einheitliches Mehrheitsbild unter den Anliegern erzielt werden konnte. Strittig waren die Gehwegbreiten, die Rundborde, die wechselseitige Anordnung der Parkplätze, die Herstellung der Fahrbahn mit Pflastersteinen sowie die Anlage der Bäume.

Herr Peters erteilt Herrn Schulz das Wort, um seinen Änderungsantrag (Vorlage Nr. 2013 0511/2) vorzutragen.

Herr Schulz trägt vor, dass einige Anlieger der Nordstraße an die WGS herangetreten sind, um ihre Meinung und Stimmung wiederzugeben. Er verweist auf die bereits angesprochenen Streitpunkte und führt an, dass in den letzten Jahren in neu ausgebauten Straßen (z. B. Blücherstraße, Im Langen Mühlenfeld, Am Brandende) ein anderer Ausbaustandard gewählt wurde. Nach seiner Auffassung kann auf die Anlage von Parkplätzen verzichtet werden. Ausreichend sind, wie in der Braunschweiger Straße, Markierungen auf der Fahrbahn. Die Bäume sind aus seiner Sicht ökologisch wertlos und er befürchtet, dass die Baumscheiben schnell verschmutzen.

Herr Herbst erläutert, dass es sich bei den genannten Beispielen um Straßen mit einem anderen Verkehrsaufkommen und einem anderen Querschnitt handelt. Bei diesen Straßen handelt es sich auch nicht um Einbahnstraßen. Die Parkflächenmarkierungen in der Braunschweiger Straße waren in den ursprünglichen Ausbauplanungen zum Stadtstraßenumbau nicht vorgesehen und wurden erst nachträglich aufgenommen. Die Unterhaltung der Markierungen ist aufwendig, da diese in regelmäßigen Abständen erneuert werden müssen. Mit der vorgestellten Ausbauplanung wird die Gestaltung der Hann. Neustadt in die Nordstraße übertragen. Herr Herbst führt aus, dass die Anlage von Hochborden und beidseitigen Gossen in jedem Fall teurer wird, als die geplanten Rundborde und die Mittelgasse. Eine Verschmutzung der Baumscheiben wie in der Blücherstraße ist nicht zu befürchten, da diese mit einem Baumrost versehen werden.

Herr Peters erteilt den Anliegern das Wort.

Ein Anlieger überreicht dem Ausschussvorsitzenden ein Schreiben, welches dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt ist. Er kritisiert die wechselseitige Anordnung der Parkplätze und sieht hier eine Gefährdung für Kinder sowie die Bäume, welche nach seiner Meinung einen hohen Unterhaltungsaufwand verursachen. Die Gehwege sollten mindestens eine Breite von 2,00 m aufweisen. Daher sollte ein Gehweg verschmälert, der andere verbreitert werden. Die von der WGS gewünschte bituminöse Fahrbahn wird im Hinblick auf spätere Aufbrüche von ihm abgelehnt.

Ein Anlieger kritisiert den Änderungsantrag der WGS, da dieser das Meinungsbild nur einseitig wiedergibt und von der Mehrheit der Anlieger nicht unterstützt wird. Aus diesem Grund habe er der Tiefbauabteilung ein Schrei-

ben zukommen lassen, welches den Ratsmitgliedern zugeleitet wurde und als **Anlage 3** beigefügt ist. Er unterstützt die Planung in vollem Umfang und wünscht sich, dass die Ausschreibung zügig durchgeführt wird.

Herr Baxmann führt aus, dass die wesentlichen und strittigen Punkte bei der Anliegerversammlung nach ausführlicher Diskussion von ihm abgefragt wurden. Seiner Ansicht nach wurden von der überwiegenden Mehrheit die Planungen hinsichtlich der Mittelgasse, Bäume, Gehwegbreiten, Parkplatzanordnung, Rundbord und gepflasterten Fahrbahn mitgetragen. Weiterhin wird die Blücherstraße von den dortigen Anliegern gestalterisch als sehr ansprechend gesehen.

Die vorgestellte Planung wird von **Herrn Kuyucu** und **Herrn Morich** als sehr gelungen angesehen. Die Gehwegbreiten werden als unkritisch gesehen. Die wechselseitige Anordnung der Parkplätze dient der Verkehrsberuhigung und wird daher begrüßt.

Herr Kuyucu verlässt die Sitzung. Seinen Sitz übernimmt Herr Dralle.

Herr von Oettingen berichtet, dass er eine Umfrage bei einem Teil der Anlieger durchgeführt habe. Die von ihm befragten zwölf Anlieger haben mit 9:3 gegen die Ausbaupläne votiert und wünschen sich den alten Ausbaustandard.

Der Seniorenrat hat sich mit den Ausbauplänen in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Laut **Frau Kusber** werden die geplanten Rundborde positiv gesehen. Hochborde stellen nach den dortigen Erfahrungen Hindernisse für Rollatoren und Rollstuhlfahrer dar und sind daher zu vermeiden. Der Seniorenrat regt an, den Gehweg auf einer Seite zu verbreitern. Die wechselseitige Anordnung der Parkplätze wird nicht begrüßt. Weiterhin wirft sie die Frage auf, ob die Straße auch künftig für Radfahrer in beide Richtungen freigegeben werden muss.

Es ist politischer Wille, dass die Einbahnstraßenregelung für Radfahrer für alle Straßen aufgehoben wird, erwidert **Herr Herbst**. Die Rundborde sind für Rollatoren und Rollstuhlfahrer nicht nur wegen der Querungsmöglichkeiten, sondern auch für die andernfalls erforderlichen Absenkungen in den Zufahrten zu bevorzugen. Die wechselseitige Anordnung der Parkplätze führt zu einer Geschwindigkeitsreduzierung und dient der Verkehrsberuhigung.

Auf Nachfrage von **Frau Heldt** hinsichtlich der Mehrkosten in Höhe von ca. 30.000,00 € für die Bäume, erläutert **Herr Herbst**, dass diese Kosten für die Vorbereitung der Pflanzflächen (Wurzelkanäle, Substrate, Baumroste usw.) entstehen.

Frau Leykum berichtet, dass sie in der Anliegerversammlung das in der Presse vertretene Meinungsbild nicht wahrgenommen habe. Sie bestätigt die Aussagen von Herrn Baxmann, dass bei seiner Abfrage keine klaren Mehrheiten für bzw. gegen die strittigen Punkte erkennbar gewesen sind und unterstützt die vorgestellten Planungen.

Der Ausschussvorsitzende **Herr Peters** läßt über die Vorlage **Nr. 2013 0511** abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mit 5-Ja-Stimmen, 1-Nein-Stimme und 3 Enthaltungen:

Der Ausbau der „Nordstraße“ soll wie im Ausbauprogramm dargestellt erfolgen.

**6.1. Ausbauprogramm Nordstraße - Protokoll der Anliegerversammlung
Vorlage: 2013 0511/1**

Siehe TOP 6

**6.2. Ausbauprogramm Nordstraße
- Änderungsantrag der WGS-Fraktion vom 17.01.2014
Vorlage: 2013 0511/2**

Siehe TOP 6

**7. Erarbeitung von Produktkennzahlen
Vorlage: 2014 0542**

Herr Baxmann berichtet, dass Herr Kauter aus Krankheitsgründen an der Sitzung nicht teilnehmen kann und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.

- **V e r t a g t** -

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

**8.1. Einsatz von Glyphosat auf städtischen Flächen
- Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2014 -
Vorlage: 2014 0545**

Frau Leykum trägt ihre Anfrage vor und bedankt sich für die Info-Vorlage Nr. **2014 0545** mit der umfassenden Antwort der Verwaltung auf ihre Fragen und befürwortet, dass bereits seit 1999 kein Glyphosat auf städtischen Flächen eingesetzt wird.

9. Anregungen an die Verwaltung

- a) **Herr Morich** berichtet, dass der Stadtmarketingverein Burgdorf e. V: (SMB) im Frühjahr einen neuen Vorstand wählt. Er bittet **Herrn Baxmann** darauf hinzuwirken, dass der Spargelempfang künftig wieder im Veranstaltungszentrum durchgeführt wird.

- b) **Frau Leykum** fragt an, ob künftig die Anlage von Streuobstwiesen mit Baumpatenschaften wie in Lehrte auch in Burgdorf ermöglicht werden kann.
- c) **Herr von Oettingen** regt an, im Freibad eine seniorengerechte Einstiegstreppe aus Edelstahl wie im Hallenbad einzubauen.
- d) Weiterhin schlägt **Herr von Oettingen** vor, wegen des geringen Verkehrsaufkommens in den Nachtstunden die Lichtsignalanlage an der Sorgenser Mühle zu dieser Zeit mit Blinklicht zu versehen. **Herr Herbst** weist auf die Zuständigkeit des Bundes hin.
- e) **Herr Bublitz** weist darauf hin, dass sich an der Abfahrt der A 37 in Beinhorn das Oberflächenwasser nach stärkeren oder längeren Regenfällen staut und nicht ablaufen kann. Dadurch entsteht Aquaplaninggefahr. Hier sollte die Straßenmeisterei prüfen, ob Abhilfemöglichkeiten bestehen.
- f) **Herr Baxmann** berichtet, dass durch verwaltungsinterne Veränderungen nunmehr die Tiefbauverwaltungsabteilung und nicht mehr die Schul- und Kulturabteilung für die Benennung von Straßen zuständig ist. Im Ausschuss für Umwelt und Verkehr bestehen auf Nachfrage von Herrn Baxmann keine Bedenken gegen die weitere Zuständigkeit des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport.

Einwohnerfragestunde

- a) Ein Einwohner fragt an, warum in der Straße Kleiner Brückendamm der gegenläufige Radverkehr noch nicht durchgehend aufgehoben wurde. **Herr Herbst** berichtet, dass lediglich ein Problem mit der Lichtsignalanlage (LSA) an der Marktstraße vorhanden ist. Zunächst müssen durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) die Räumzeiten der LSA geprüft und neu berechnet werden. Erst wenn eine Umprogrammierung erfolgt ist, kann hier eine Führung auf der Fahrbahn erfolgen.
- b) Im Fußgängertunnel am Bahnhof ist Radfahren verboten. Ein Einwohner fragt an, ob hier regelmäßig Kontrollen durchgeführt werden. **Herr Herbst** bestätigt, dass die Polizei gelegentlich Kontrollen durchführt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer